



# HESSISCHER LANDTAG

19. 09. 2023

Plenum

## **Dringlicher Entschließungsantrag**

### **Fraktion der SPD**

#### **Seriöse Finanzpolitik in Hessen sieht anders aus – CDU-geführte Landesregierungen haben Staatsschulden in die Höhe getrieben**

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die CDU-geführten Landesregierungen seit 1999 mehr Schulden angehäuft haben, als die SPD in 50 Jahren Regierungsverantwortung in Hessen zuvor. Alleine durch die abgeschlossenen Zinsderivate seit 2009 ist laut Auskunft des Hessischen Rechnungshofs bereits aktuell ein Schaden von rund 4,2 Mrd. Euro entstanden. Bei den sogenannten LEO-Geschäften unter CDU-Ministerpräsident Roland Koch und den dadurch abgeschlossenen Mietverträgen ist bereits zur Hälfte der Mietdauer mehr Miete aus öffentlichen Mittel bezahlt worden, als der Verkauf der landeseigenen Immobilien dem Land Hessen zum damaligen Zeitpunkt eingebracht hat.
2. Der Hessische Landtag stellt fest, dass das sogenannte Corona-Sondervermögen der aktuellen Landesregierung aus CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN durch ein Urteil des Hessischen Staatsgerichtshofs verfassungswidrig war und die Rücklagen des Landes, die im Zuge des Urteils aufgebraucht werden mussten, dazu geführt hat, dass die kommende Landesregierung leere Kassen vorfindet.
3. Der Landtag kritisiert die Tatsache, dass die hessischen Bürgerinnen und Bürger, insbesondere durch die beiden von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gebildeten Landesregierungen seit 2014, enorm mit Steuern und Abgaben belastet wurden. Den Hebesatz der Grunderwerbsteuer haben CDU und Grüne auf einen Spitzenwert im Vergleich zu den anderen Bundesländern angehoben. Im Gegensatz zu den meisten Bundesländern weigert sich die Hessische Landesregierung aus CDU und Grünen vehement, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen und zeichnet sich damit für die Belastung von Grundstückseigentümerinnen und -eigentümern in zweistelliger Millionenhöhe verantwortlich. Laut einer aktuellen Studie verzeichnen die hessischen Kommunen den zweithöchsten Grundsteuerhebesatz im Vergleich aller Bundesländer.
4. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die hessischen Kommunen unter den CDU-geführten Landesregierungen der letzten 25 Jahre nicht auskömmlich finanziert wurden. Die Handlungsfähigkeit der Kommunen ist dadurch massiv eingeschränkt. Das Land lässt, auch durch die bewussten Entscheidungen der aktuellen Landesregierung, die Städte, Gemeinden und Landkreise zunehmend in finanzieller Verantwortung alleine. Die Folgen davon sind massiv steigende kommunale Gebühren und Steuern. Das Land entzieht sich somit seiner verfassungsrechtlich übertragenen Verantwortung immer mehr.
5. Der Hessische Landtag kritisiert die Tatsache, dass die hessischen Kommunen, durch die mangelnde Finanzierung der Landesregierung, eine pro Kopf-Verschuldung laut Auskunft des Statistischen Bundesamtes von 5.313 Euro aufweisen und damit einen unrühmlichen zweiten Platz unter allen Bundesländern belegen. Bei den Investitionskrediten liegt Hessen laut einer KfW-Studie sogar auf Platz 1 als Ausdruck und Folge mangelnder Finanzausstattung durch die CDU-geführten Landesregierungen.

6. Der Landtag stellt fest, dass der Fachkräftemangel durch politische Entscheidungen beziehungsweise Untätigkeit der Landesregierung aus CDU und Grünen verschärft und damit wichtige Investitionen in Bildung und Infrastruktur massiv behindert wurden. Im Vollzug des Landeshaushalts 2022 wurden die Planzahlen um sage und schreibe 4 Mrd. Euro verfehlt. Es konnte in dringend benötigte Stellen im Schulbereich, bei der Polizei und im Infrastrukturausbau nicht investiert werden, weil Fachkräfte fehlen, um Stellen zu besetzen und Projekte umzusetzen.
7. Unser Bundesland benötigt Zukunftsinvestitionen in eine nachhaltige und verlässliche Infrastruktur und ÖPNV, bezahlbaren Wohnraum, echten Klimaschutz und mehr Nachhaltigkeit, eine bessere Gesundheitsversorgung und Digitalisierungsprojekte. Nur dadurch wird ein zukunftssicheres Hessen für alle Menschen erreicht. Diese Investitionen müssen nachhaltig finanziert werden.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 19. September 2023

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Günter Rudolph**